

UMKEHREN UND WIEDERHERSTELLEN

Unser Wirtschaftssystem wird oft kritisiert. Doch was für ein Wirtschaftssystem haben wir eigentlich? Ist es eine freie Marktwirtschaft? Eine überraschende Analyse.

Teil 2: Die natürliche und gottgewollte Ordnung.

Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter

Im ersten Teil («In jeglicher Hinsicht verkehrt», *factum* 04/22) haben wir unser kapitalistisches Wirtschaftssystem analysiert und dabei festgestellt, dass von einer freien Marktwirtschaft im eigentlichen Sinne nicht mehr viel übrig ist. Unmengen an Vorschriften, Verboten und Kontrolle schränken Wettbewerb, Unternehmen und Privatpersonen ein. Es besteht eine «Günstlingsherrschaft», bei der einige Unternehmen oder superreiche Personen den Staat beeinflussen.

Die meisten Menschen sind sich nicht dessen bewusst, dass der Kommunismus in Deutschland schon weitgehend umgesetzt ist. Das «kommunistische Manifest» von 1848 führte zehn Ziele auf, von denen in Deutschland sieben ganz oder teilweise erreicht wurden:

1. Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben (teilweise erreicht)
2. Starke Progressivsteuer (erreicht)
3. Abschaffung des Erbrechts (durch Erbschaftssteuer teilweise erreicht)
4. Konfiskation des Eigentums aller Emigranten und Rebellen (durch Wegzugsteuer, die zum 31.12.2021 verschärft wurde, teilweise erreicht)
5. Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschliesslichem Monopol (erreicht durch die Einrichtung von Zentralbanken und von Fiatgeld als gesetzliches Zahlungsmittel)
6. Zentralisation des Transportwesens

in den Händen des Staats (teilweise erreicht)

7. Öffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder (erreicht)

DIE GÖTTLICHE ORDNUNG

Die richtige, von Gott in die Schöpfung gelegte Ordnung ergibt sich aus dem Gebot «Du sollst nicht stehlen». Es impliziert, dass es Eigentum gibt. Das ist nicht eine von Gott willkürlich erlassene Verordnung, sondern die Zehn Gebote (mit Ausnahme der ersten drei) geben wieder, was der Mensch mit seinem Gewissen, seinem Verstand und seiner Erfahrung erkennen kann. Wenn jemand etwas als Lohn oder als Geschenk erhalten hat, gehört es ihm. Es ihm wegzunehmen ist Unrecht. Das spürt jeder, der guten Willens und vernunftbegabt ist.

Ergänzt wird das Stehlensverbot durch das Neidverbot: «Lass dich nicht gelüsten deines Nächsten Weibes. Du sollst nicht begehren deines Nächsten Haus, Acker, Knecht, Magd, Ochsen, Esel noch alles, was sein ist.» Das heisst, es ist auch verkehrt, auf «die Reichen» und auf «die Schere zwischen Arm und Reich» zu schimpfen. Denn die blosser Tatsache, dass jemand viel mehr besitzt als andere, zum Beispiel weil er eine erfolgreiche Supermarktkette oder Autofabrik aufgebaut oder geerbt hat, ist keineswegs schlecht.

Ferner gehört zur natürlichen, das heisst nicht vom Menschen gemachten Ordnung die Möglichkeit, Verträge zu schliessen. Auch dies ist offen-

sichtlich, deshalb kommen Menschen ohne Staat und ohne ein Gerichtswesen miteinander ins Geschäft. Durch Verträge können hochkomplexe Interaktionen geregelt werden, wenn diese für beide Seiten vorteilhaft sind.

Sozialistisch beeinflusste Menschen sagen oft, dass Menschen ausgebeutet werden, wenn diese einen niedrigen Lohn haben, und fordern manchmal einen staatlich vorgeschriebenen Mindestlohn. Aber wenn ein Arbeitsverhältnis freiwillig ist, kann der Arbeitnehmer die Arbeit aufgeben. Wenn die Wirtschaft frei ist, kann der Arbeitnehmer eine Arbeit finden, für die er einen Lohn bekommt, der seiner Produktivität entspricht. Denn wenn er vom einen Arbeitgeber sehr wenig bezahlt bekommt, besteht für andere Arbeitgeber einen Anreiz, den Arbeitnehmer für einen etwas höheren Lohn abzuwerben.

Technischer Fortschritt ist der einzig wirksame Mechanismus, wie Löhne und Wohlstand steigen können. Ein staatlich vorgeschriebener Mindestlohn hat hingegen nur die Wirkung, dass niedrig qualifizierte und damit wenig produktive Arbeitnehmer keine Anstellung finden und die Arbeitgeber die betreffenden Tätigkeiten gar nicht mehr oder durch Maschinen durchführen lassen. Allerdings funktioniert Wohlstandssteigerung durch Wettbewerb um Arbeitnehmer nur dann, wenn ein freier Markt besteht. Wenn hingegen Steuern und Abgaben oder Vorschriften das Zusammenspiel von

Angebot und Nachfrage und die freie Gestaltung von Arbeitsverträgen einschränken, wird dadurch in dieser Masse die Steigerung von Löhnen und Wohlstand eingeschränkt, Arbeitslosigkeit entsteht.

RECHT UND ORDNUNG

Damit der freie Markt funktioniert, ist Rechtsprechung nötig. Die Menschen müssen die Möglichkeit haben, Verträge durchzusetzen und sich vor Diebstahl und anderen Rechtsverletzungen zu schützen. Zahlt jemand den vertraglich festgelegten Lohn nicht, muss der Arbeitnehmer ihn dazu zwingen können. Ob man so eine Rechtsprechung dann «Staat» nennt, ist nebensächlich. Entscheidend ist, dass die Menschen ihre Rechte durchsetzen können und dass Eigentum geschützt wird. In Deutschland ist das je länger je weniger der Fall. Richter werden vom Staat bezahlt und kontrolliert und das Parlament schreibt die Gesetze.

Manchmal berufen sich Christen auf den Brief des Apostels Paulus an die Römer, um ihren Gehorsam und ihre

Staatsgläubigkeit zu rechtfertigen, weil in Römer 13,1 steht: «Jeder ordne sich den höheren Mächten unter.» Luther übersetzte mit «Obrigkeiten», obwohl aus dem griechischen Ausdruck (*hyperecho exusia*) «kein Recht zu herrschen» hervorgeht («*exusia*» bedeutet eine Macht, «*hyperecho*» bedeutet darüber befindlich). Was für Mächte gemeint sind, ist umstritten, aber in Vers drei wird erläutert, dass eine Herrschaft gemeint ist, die «eine Rächerin zur Strafe an dem, der das Böse tut», ist. Ihre Tätigkeit ist also Rechtsprechung. Sie sorgt für Recht und Ordnung. Auf alle Fälle ist nicht ein Staat gemeint, der den Menschen nach Belieben Geld wegnimmt, Schulen und Universitäten betreibt, Schulzwang erlässt und «Genehmigungspflicht» für Ärzte, Schulen und alles Mögliche festlegt. Römer 13 sagt, dass es eine Rechtsprechung geben muss, dass diese von Gott eingesetzt und autorisiert ist und man sich ihr grundsätzlich nicht widersetzen soll, zumindest solange sie die Übeltäter und nicht Unschuldige bestraft. Das deutet auf den Ausweg aus der jetzigen Misere

hin: Es muss eine Rechtsprechung geben, die nicht den Willen der Regierung, sondern das Recht durchsetzt und daher auch verhindert, dass die Regierung den Menschen nach Belieben Geld wegnimmt und ihre Freiheit einschränkt. Wir brauchen nicht einen Staat und eine Regierung im heutigen Sinne, sondern Rechtsprechung.

Wo die skizzierte natürliche Ordnung besteht, entsteht Geld. Wenn es kein Geld gibt, kann mir für meine Fische jeder, der gerne Fische von mir hätte, nur das anbieten, was er gerade hat. Doch wenn einer nur Schuhe und Brot anzubieten hat, ich diese aber nicht brauche, kann er keine Fische bekommen. Deshalb entsteht Geld. Der Empfänger kann sich dafür kaufen, was er braucht, oder es für sich und seine Kinder aufheben. Ausserdem wird durch die Existenz von Geld optimiert, wie viel Arbeit und Mittel für Produkte aufgewandt wird. Je mehr Kunden möglichst billige Autos möchten, desto mehr werden hergestellt. Je mehr Kunden hochwertige Elektrofahräder bevorzugen und bereit sind, dafür mehr auszugeben, desto

“

Das Gebot «Du sollst nicht stehlen» impliziert, dass es Eigentum gibt.



mehr Arbeit und Geld wird in die Weiterentwicklung von Elektrofahrrädern gesteckt. So entsteht eine optimale Ressourcenallokation. In einer Planwirtschaft hingegen, wie wir sie im Gesundheits- und im Bildungswesen haben, werden die Ressourcen ungünstig alloziert.

Über Jahrtausende hinweg wurden Gold und Silber als Geld verwendet. Nicht, weil ein Staat oder Herrscher das vorgeschrieben hätte, sondern weil die Menschen entschieden, was sie als Geld annahmen. Schreibt der Staat etwas anderes als «gesetzliches Zahlungsmittel» vor, wird dies zu Ungunsten der Untertanen sein. Immer wieder kam es vor, dass Herrscher bestimmte Münzen als Zahlungsmittel vorschrieben und den Goldanteil der Münzen durch Beimischung senkten. Heute ist dieser Diebstahl durch Geldverdünnung perfektioniert: Die Geldmenge wird in atemberaubendem Masse vergrössert. Etwas, was sich so vermehren lässt, würden die Menschen freiwillig nicht als Geld verwenden.

GESTALTEN UND VERBESSERN

In der natürlichen Ordnung hat der Mensch die Gelegenheit und die Aufgabe, die Welt mit seinem Eigentum,

seinen Fähigkeiten und seiner Arbeit zu gestalten und zu verbessern. Dafür kann er sich mit anderen Menschen zusammentun und Vereine, Unternehmen und Stiftungen bilden. Er kann Produkte herstellen und sie verkaufen, und er kann etwas von seinem Eigentum verschenken. So sagte Jesus: «Ihr habt allezeit Arme bei euch, und wenn ihr wollt, könnt ihr ihnen Gutes tun» (Mark. 14,7). Der Mensch ist mit Freiheit und Verantwortung ausgestattet. Er hat die Wahl, ob er aus seinem Leben etwas Gutes macht oder ob er es vertändelt, ob er betrügt und intrigiert, frisst und säuft. Gott hat die Welt mit vielen guten Möglichkeiten geschaffen, von denen viele nur in der Masse verwirklicht werden können, in der die natürliche Ordnung besteht. Die Erfindung von «Staatsaufgaben» ist falsch, denn der Staat tut Unrecht, wenn er den Menschen Geld wegnimmt, angeblich für irgendwelche wichtigen Aufgaben. Die typische Strategie des Staates zur Machtausweitung ist es, einen angeblich wichtigen Zweck vorzugeben. Entweder gibt der Staat vor, dass ein grosses Gut wie «Bildung für alle» oder «medizinische Versorgung für alle» nur durch staatlichen Zwang und durch Steuergelder zu erreichen ist, oder dass eine grosse

Gefahr nur durch staatlichen Zwang und durch Steuergelder zu bekämpfen ist, zum Beispiel eine «Pandemie» oder eine «Klimakatastrophe».

Diktatorische Coronamassnahmen wie Lockdowns, Schulschliessungen oder Impfwang sowie die drohende Energiemangellage konnten nur entstehen, weil so viele Menschen an den Staat glauben und nach ihm rufen: «Der Staat muss dafür sorgen, dass alle eine Schulbildung bekommen», «Der Staat muss bei der Schulbildung und in den Universitäten Standards sicherstellen», «Der Staat muss dafür sorgen, dass nur geeignete Menschen als Arzt arbeiten dürfen», «Der Staat muss dafür sorgen, dass alle Menschen günstigen Wohnraum bekommen». Wenn die Menschen nach dem Staat rufen, entsteht früher oder später eine böse Diktatur. Die Lage Deutschlands wird sich kulturell, moralisch und wirtschaftlich nur in der Masse wieder verbessern, als Menschen zu Gott umkehren und die skizzierte natürliche Ordnung wiederhergestellt wird. 

Der Autor ist Professor für Philosophie und lebt mit seiner Familie im Fürstentum Liechtenstein. Weitere Texte sind auf www.von-wachter.de verfügbar.



“

Über Jahrtausende wurden Gold und Silber als Geld verwendet. Nicht, weil ein Staat oder Herrscher das vorgeschrieben hätte, sondern weil die Menschen entschieden, was sie als Geld annahmen.